

Interview:

"Von Separatismus kann keine Rede sein"

Prof. Dr. Ingeborg Baldauf, Professorin für Sprachen und Kulturen Mittelasiens und Leiterin des Instituts für Mittelasienswissenschaft an der Berliner Humboldt-Universität. Das Gespräch führte T. Ruttig.



Sie waren kurz vor dem Fall Kabuls in Nordafghanistan, im Gebiet des Generals Abdur Rashid Dostum. Es wird berichtet, daß er seine Herrschaft als Gegenentwurf zum "reinen islamischen Staat" der in Kabul herrschenden Taliban profiliert. Können Sie das bestätigen?

Explizit habe ich so eine Stellungnahme nirgendwo gehört. Allerdings sprechen die Tatsachen für die Richtigkeit dieser Annahme. Das äußert sich durchgehend im alltäglichen Leben, nicht nur in spezifischen Bereichen wie dem Verwaltungs- oder Bildungswesen, sondern tatsächlich auch im alltäglichen Leben, wo zwar - wie die Taliban das auch einfordern - eine islamische Gesellschaft funktioniert. Aber sie folgt möglicherweise tatsächlichen islamischen Prinzipien wesentlich dichter, als es bei den Taliban offenbar der Fall ist. Das ganz strenge Ausschließen von Frauen aus dem öffentlichen Bereich ist im Islam in dieser Form nicht vorgesehen und wird unter dem Regime von Dostum auch nicht praktiziert. Allerdings ist auch unter Dostum das individuelle Führen eines sehr strengen islamischen Lebens durchaus möglich und wird respektiert. Unter Dostum ist die gesamte Bandbreite dessen zu finden, was der Islam noch erlaubt - von sehr religiös-praktizierend, symbolisiert durch das Tragen der Vollverschleierung bei den Frauen, bis hin zu einer gemäßigten Form, wo dann nur die Teile des Körpers verhüllt werden, die der Koran als "den Schmuck" bezeichnet; dazu gehört zum Beispiel nicht das Gesicht.

Welche Rolle spielen Frauen dort im öffentlichen Leben?

Wollen wir das vielleicht die frauenspezifischen Bereiche nennen: Im Erziehungswesen sind zur Zeit Frauen wahrscheinlich fast die einzigen, die aktiv sind. Wir dürfen nicht vergessen, daß gerade aus der jüngeren Generation viele Männer durch den Krieg fehlen. Wenn man Frauen jetzt aus dem Erziehungsbereich und Bildungswesen ausschließen würde (die Taliban tun das - d. Red.; siehe dazu auch den Beitrag von S. Thiel), dann würde das nicht nur bedeuten, daß Frauen und Mädchen bildungslos bleiben, sondern das würde letzten Endes auch bedeuten, daß die meisten Jungen bildungslos bleiben. Das Grundschulwesen wird von Frauen getragen, auch was Jungen betrifft, und das höhere Bildungswesen liegt mit

in den Händen von Frauen. Ansonsten, im Bereich der Administration, kann man Frauen bis in die höchsten Ränge finden, wenn dann auch nur noch vereinzelt, bis in den Rang einer Präsidentin des Bereichs für Sozialwesen - also eine Ebene unterhalb des Provinzgouverneurs. Ansonsten werden die höchsten Verwaltungsränge aber weiterhin von Männern wahrgenommen, aber auf den mittleren Ebenen sind Frauen genauso präsent. Im Geschäftsleben sind Frauen in der Öffentlichkeit nicht sichtbar. Das heißt aber nicht, daß sie da nicht tätig wären. Im produzierenden Bereich sind Frauen durchaus tätig, zumal auch die Männer in den Familien in der Funktion des Ernährers zum Teil ausgefallen sind.

In den Taliban-Gebieten ist den Frauen selbst das Einkaufen auf dem Markt untersagt. Ist das in Nordafghanistan auch der Fall?

Nein, so etwas ist dort nicht denkbar. Frauen sind sehr präsent als Käuferinnen. Sie sind verschleiert, während sie einkaufen, aber das hindert sie nicht daran, ihre Forderungen durchzusetzen. Sie sind nicht auf dem Rückzug.

Wie würden Sie das Verhältnis zwischen verschleierten und offenen erscheinenden Frauen sehen? Ist überhaupt noch so etwas möglich, wie man es aus dem Kabul der 70er und 80er Jahre kannte, daß sich Frauen ganz ohne Kopftuch zeigten?

Das kann man sehen. Zum Teil ist die Verschleierung in den letzten Jahren sogar noch zurückgegangen, während es in den Jahren unmittelbar nach der islamischen Revolution auch an der Universität geboten war, daß Frauen und Mädchen zumindest ihr Haar völlig bedecken mußten. Im allgemeinen tragen die Frauen, wie das auch bei gebildeten Frauen vor der Revolutionszeit üblich war, nur einen leichten Schleier, einen Schal. Und es gibt sogar Mädchen, die noch nicht einmal das tun. Das sind aber echte Ausnahmen.

Ist das eine Fortsetzung der Modernisierungsversuche in den 20er Jahren unter Amanullah und auch der "sozialistischen Zeit", als die Verschleierung abgeschafft wurde?

Ja, das würde ich durchaus annehmen. Allerdings: Was es jetzt nicht gibt, ist irgendein Zwang, den Schleier abzulegen. Das unterscheidet es wahrscheinlich von der Zeit nach der Revolution 1978, als es einen Druck unter gebildeten Frauen gab, sich zu entschleiern. Jetzt ist von Druck in keiner Richtung etwas zu sehen.

Jetzt soll es sogar spezielle Alphabetisierungskurse für Frauen geben...

Gerade im Frauenbereich ist das Bildungswesen nicht sehr stark entwickelt. Das wird in konzertierten Aktionen von internationalen Organisationen finanziert und von einheimischer Seite ideell unterstützt. Die internationalen Organisationen geben die notwendigen Lehrbehelfe und bezahlen die Lehrkräfte und deren Supervisoren, die einheimische Seite stellt Verwaltungsräume zur Verfügung, stellt auch das Personal dafür ab. Da kommt mit internationaler Hilfe auf einer einheimischen Basis schon sehr viel Produktives zustande. Es hat sich mittlerweile schon zu einer Bewegung in einer gewissen Breite entwickelt, gerade in den Randzonen der großen Städte, wo keinerlei moderne Bildungsinfrastruktur existiert hat. Dort sind auch gerade die Flüchtlings- und rezenten Zuwanderergemeinden am aufgeschlossensten gegenüber diesen sehr modernen, auch außergewöhnlichen Methoden. Frauen werden dort

in einer sehr emanzipatorischen Weise erzogen. Es wird ihnen nicht nur Lesen und Schreiben beigebracht, sondern auch, wozu sie das eigentlich brauchen: eben, um sich in der Stadt selbständig und ohne Hilfe von männlichen Personen bewegen und erst einmal orientieren zu können, und um eine selbständige Berufstätigkeit aufnehmen zu können, ohne die ständige Hilfe der Männer. Es werden auch Selbsthilfegruppen von Frauen mitorganisiert, sei es im Gesundheitsbereich, sei es im Bereich kleiner Berufskooperativen. Auch hier sind die internationalen Organisationen finanzierende Unterstützer. Die einheimische Seite begleitet das alles mit Wohlwollen und nicht nur mit Duldung.

Dostum präsentiert sich trotzdem deutlich als Muslim. Seine Bewegung heißt "national-islamische Bewegung". Welche Rolle spielt der Islam auf staatlicher Ebene, in der Rechtsprechung?

Ob in der Rechtsprechung im Hintergrund die Scharia eine Rolle spielt, weiß ich nicht. Was wir festhalten müssen ist, daß in der Universität die Ausbildung in säkularem Recht deutlich getrennt ist von der Ausbildung im religiösen Recht. Es gibt eine Fakultät für Jurisprudenz, und es gibt eine Fakultät für islamisches Recht. Beide haben nichts miteinander zu tun. Daraus kann man vielleicht auch schließen, daß in der Rechtspraxis die beiden Rechtssysteme nicht vermischt werden. In der Wirklichkeit der Politik spielt natürlich eine nach außen gekehrte Islamizität eine gewisse Rolle. Wie wir wissen, hat General Dostum mit der 'Hezb-e Islami' Gulbuddin Hekmatyars eine Verbindung eingehen müssen oder wollen. Der muß er in manchen Bereichen Rechnung tragen. Es werden hohe Ämter auch dieser dezidiert islamischen Partei übergeben. Immerhin hat die 'Hezb-e Islami' im Stadtgebiet von Mazar-e Sharif ihre Garnison stehen, hat dort eine Kaserne und ist präsent. Wie stark das allerdings die tägliche Politik beeinflussen kann, entzieht sich meiner Kenntnis. Man kann schon ein gewisses islamisches Moment in der Politik bemerken.

Oft wird geschrieben, daß der Afghanistan-Konflikt sich stark an ethnischen Linien entlangzieht: Taleban gleich Paschtunen, Anti-Taleban-Allianz gleich übrige Minderheiten. Würden Sie dieser Auffassung zustimmen?

Auf dieser übergeordneten Ebene mag das eine gewisse Richtigkeit haben. Wir wollen aber auch nicht vergessen, daß innerhalb der 'National-islamischen Bewegung' von General Dostum alle Nationalitäten vertreten sind. Die Hauptmasse mag tatsächlich durch Angehörige der usbekischen und turkmenischen Völkerschaften gestellt werden. Es haben aber natürlich auch die Persischsprecher, die Paschtunen und die Hazara ihren Anteil. Das unterscheidet vielleicht auch dieses Regime von vielen davor: Es gibt nicht so ein eindeutiges Dominieren irgendeiner einzelnen Gruppe. Und unter der Bevölkerung scheint auch durchaus der Eindruck zu bestehen, daß irgendwie alle Ethnien zu ihrem Recht kommen. Aber eine Politik des Ausgrenzens einzelner Ethnien, und seien es auch die, die einen früher unterdrückt hätten, wird nicht betrieben. Und das mit gutem Grund: Wenn sich dieses Regime halten will, kann es das nur durch einen Konsens. Es wird meines Erachtens schwierig sein, eine so absolute Konfrontation zwischen General Dostums Einflußbereich und den Taleban auf einer quasi-ethnizistischen Basis zu konstruieren.

Ergibt sich aus der administrativen Trennung Nordafghanistans nicht doch eine Gefahr für die Einheit Afghanistans?

Die Einheit Afghanistans als Wunschvorstellung ist wahrscheinlich bei fast allen Bürgern präsent. Daß sie zur Zeit überhaupt nicht realisiert wird, scheint die meisten Menschen momentan jedenfalls noch nicht zu stören. In den Nordprovinzen unter General Dostums Regime leben ja ganz viele Zuzügler aus den restlichen Provinzen. Zum Teil leben sie dort als Flüchtlinge in Lagern, zum Teil sind sie ins Stadtleben integriert worden. Sie sind in allen Schichten vertreten, unter den Ärmsten genauso wie unter den Reichsten. Die, die sich das leisten können, fahren in jedem Jahr mindestens einmal in

ihre Heimatprovinz, um zu sehen, wie die dort verbliebenen Verwandten leben. Für alle - auch die, die nicht in die Heimat reisen - ist der Gedanke ganz wichtig, sie könnten das tun. Die Vorstellung aber, daß dort irgendwann einmal eine Staatsgrenze zwischen ihrem jetzigen Lebensgebiet, wo sie sich sehr wohlfühlen, und der angestammten Heimat liegen könnte, die, glaube ich, würde für sehr viele Menschen schwer zu ertragen sein. Daher: Das Ideal eines geeinten Afghanistan wird hochgehalten. Wie das aber realisierbar sein sollte, das sehen die Betroffenen eher skeptisch. Alle sagen natürlich, wir wünschen uns Frieden, aber im zweiten Satz kommt: zu unseren Konditionen, auch wenn das zweite nicht immer so deutlich gesagt wird. Das allein ist wahrscheinlich schon der Grund dafür, daß es so schnell nicht dazu kommen wird.

Was wären die Konditionen, die General Dostum hätte?

Das müßten Sie ihn fragen. Er ist ein Politiker mit vielen Facetten des Handelns und des sich Äußerns. Ich glaube nicht, daß ich ihn einschätzen könnte. Immerhin ist er bei dem militärischen Rang geblieben, der ihm dereinst von staatlicher Seite verliehen worden ist. Das Gebiet, über das er de facto herrscht, wird weiterhin als die "Nordprovinzen von Afghanistan" bezeichnet und nicht etwa mit irgendeinem separaten Namen. Nominell kann also gar keine Rede von einem Separatismus sein.

Häufig wird berichtet, daß hohe Kader des ehemaligen prosovjetschen Regimes in Dostums Gebiet eine wichtige Rolle spielen. Ist Ihnen das begegnet?

Nicht, daß jemand sich selbst so bezeichnet hätte. Aber es wurde natürlich darüber geredet. Leute verschweigen sogar, wenn sie in der Sowjetunion ausgebildet worden waren. Man spricht auch nicht über russische Fremdsprachenkenntnisse. Es sind sicher nach wie vor Personen aus diesem politischen Umfeld in hohen und höchsten Funktionen. Das ist aber auch wiederum kein so brennendes Thema im öffentlichen Gespräch. Es hat ja keinen richtigen Bruch in der politischen Entwicklung gegeben. Die islamische Revolution wurde wie ein Bruch inszeniert, aber sie ist es de facto gar nicht gewesen.

Was sagen Sie zur Enthaltensamkeit deutscher Entwicklungspolitik gegenüber Afghanistan?

Es ist schade, daß Afghanistan bei uns immer verbunden wird mit kriegerischen, zerstörerischen Ereignissen. Die friedlichen Entwicklungen, die es wenigstens in der Nordregion seit Jahren gibt, werden kaum zur Kenntnis genommen. Ich könnte mir denken, daß die Unwilligkeit der deutschen Seite in erster Linie mit der Befürchtung zu tun hat, daß sowieso sofort alles wieder ruiniert würde. Das liegt mit an der mangelhaften Berichterstattung über Afghanistan. Die friedlichen Entwicklungen, die sich wenigstens in der Nordregion seit Jahren gibt, werden nicht zur Kenntnis genommen, weil sie nicht spektakulär genug sind. Dadurch bekommen die maßgeblichen Institutionen in Deutschland erst gar nicht den Eindruck, der richtig wäre, daß da an einem sinnvollen Aufbau mitgewirkt werden könnte.

Argumentiert wird damit, daß es in Afghanistan keine Zentralregierung und damit keinen Verhandlungspartner gebe...

Es ist bedauerlich, daß man eine zweifellos ja funktionierende Administration wie die der Nordprovinzen auch nicht als Ansprechpartner zur Kenntnis nimmt. Zumindest auf der Ebene von Nichtregierungsorganisationen müßte es möglich sein, die momentan einfach nicht funktionierende zentrale Administration als Ansprechpartner zu ersetzen durch eine regionale Administration, die eben nicht separatistische Ambitionen verfolgt. Wir wollen nicht hoffen, daß dahinter die klammheimliche Befürchtung steht, das Regime könnte spätkommunistischer Art sei. Sollten im Regime auch Menschen vertreten sein, die eine derartige ideologische Grundhaltung durchaus haben, so spielen sie zumindest jetzt nicht die tonangebende Rolle. Befürchtungen, man würde mit General Dostum einen "Kommunisten" fördern, sind in dieser Weise völlig unberechtigt.